

Im Zeichen der Geschäftsbeziehungen

Wirtschaftsmission in Marokko / S. 7

Keinen Grund zum Rücktritt

Nachdem zwei Schöffen des Bissener Gemeinderats ihre Demission angekündigt haben, will Jos Schummer Bürgermeister bleiben. S. 22

Heute aktuell

Die Kanterklatsche

Der Oberste Gerichtshof hat Johnson gestern eine monumentale Klatsche verabreicht, wie Francis Wagner in seinem Editorial schreibt. Die Briten brauchen einen neuen Premier. S. 2

Herbe Schlappe für Johnson

Das Oberste britische Gericht hat den vom Premierminister verhängten Zwangsurlass für das Parlament gekippt. Heute tagt das Parlament wieder. Es dürfte turbulent werden. S. 5

Das Etikett der Moselstadt

Bürgermeister Jacques Sitz hat einige „Baustellen“ in Remich. Manche sind „geerbt“, andere neu. Davon abgesehen steht die generelle Richtung des Gemeinderats aber fest. S. 2, 21



Unter dem „Knuedler“

2016 haben die Umbauarbeiten im Parkhaus unterhalb der place Guillaume II angefangen. Nach der Fertigstellung im Jahr 2021 werden dort 751 Autos Platz finden. S. 16

Une nouvelle ère commence

Pour son premier passage dans l'usine qu'il a rachetée à Arcelor-Mittal, le milliardaire Sanjeev Gupta avait bien un message à faire passer. Mais pas d'investissement à communiquer. p. 8

Beilage

De Programm

www.tageblatt.lu

redaktion@tageblatt.lu
Tel.: (+352) 54 71 31-1
Abo-Hotline: 54 71 31-407
44, rue du Canal
L-4050 Esch-sur-Alzette



Hauptsache billig

LEBENSMITTEL Nachhaltigkeitsexperte Tobias Bandel im Interview

Klimawandel ist ein großes Wort. Was bedeutet es eigentlich? Wenn die Insider recht behalten, hat der Klimawandel weitreichendere Konsequenzen als heiße Sommer und mehr Starkregentage. Der Agrarwissenschaftler und Nachhaltigkeitsexperte Tobias Bandel sagt, dass sich ab 2030 die Lebensmittel drastisch verteuern werden. Er spricht von „Verdreifachung“ und bezieht sich auf Berechnungen des Finanz- und Kapitalmarktes sowie Berichte, die die UNO in Auftrag gibt. Das *Tageblatt* hat mit dem Experten gesprochen.

EINZELHEITEN S. 2, 3

Das Wetter

Heute	Morgen	Übermorgen
17°/12°	17°/13°	17°/11°



5 4 5 3 0 0 0 0 2 2 2 3 0

Patronat verweigert den Sozialdialog

OGBL André Roeltgen droht mit „Kraftakt“

LUXEMBURG In der ersten Sitzung des tripartitären „Comité permanent du travail et de l'emploi“ nach den Wahlen hat der Patronatsvertreter Nicolas Buck (UEL) offenbar den Sozialdialog verweigert und sich in die Opferrolle begeben.

Der OGBL zeigte sich gestern schockiert über diese Haltung und fordert die UEL dazu auf, ihre Position noch einmal zu überdenken. Zu groß seien die Heraus-

forderungen eines sich ständig verändernden Arbeitsmarkts, um auf dieses konsensuelle Instrument verzichten zu können, mahnte OGBL-Präsident André Roeltgen gestern auf einer Pressekonferenz.

Roeltgen forderte das Patronat auf, seine Position noch einmal zu überdenken. Im Zuge des aufstrebenden Populismus und Rechtsextremismus in Europa und dem Rest der Welt würden die Demokratie und

der Rechtsstaat immer häufiger infrage gestellt. Umso wichtiger sei es, den Sozialdialog zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden aufrechtzuerhalten. Alles andere sei unverantwortlich, mahnte Roeltgen.

BERICHT S. 4

„Bio ist nicht zu teuer“

LEBENSMITTEL Nachhaltigkeitsexperte Tobias Bandel bei „Oikopolis im Dialog“

Wiebke Trapp

Auf der Bohne darf kein Kratzer sein, sie soll aus biologischem Anbau stammen und nicht durch Kinderarbeit gedeihen. „Wunschlisten“ wie diese kennt der

Agrarwissenschaftler Tobias Bandel (40). Eines haben sie alle gemeinsam: Billig soll es sein. Unter dem Titel „Billige Lebensmittel können wir uns nicht mehr leisten“ ist er auf Vortragsreise und hat auch einen Stopp in Luxemburg eingelegt.

Tageblatt: Fliegen Sie eigentlich nach Hause zurück? Nee, oder?

Tobias Bandel: Ich fliege tatsächlich zurück, aber von hier bis Tokio bin ich klimaneutral. Durch meine Arbeit binde ich jährlich netto so 150.000 bis 200.000 Tonnen CO₂ über Projekte, die meine Mitarbeiter und ich auf die Beine stellen – und wir stoßen aber nur 1.000 Tonnen aus. Wir haben das durchgerechnet.

Die meisten sagen, Bio sei zu teuer. Sie sagen hierzu „Nein“. Warum?

Bio ist nicht zu teuer. Wenn ich mich biologisch ernähre, hat das weniger Folgeschäden, als wenn ich andere Lebensmittel esse. Eine Studie mehrerer auf Nachhaltigkeit spezialisierter Firmen zusammen mit Ernst&Young hat 2017 herausgearbeitet, dass Apfel in puncto Gesundheit eher schädlich sind. Sie enthalten häufig viele Pestizidrückstände, weil sie noch fünf bis sieben Tage vor der Ernte gespritzt werden dürfen. Die EU erlaubt das.

Ihre These, wir können uns „billige“ Lebensmittel nicht mehr leisten, ist ziemlich provokativ ...

Die Franzosen haben in einer Studie im Jahr 2011 ausgerechnet, dass Lebensmittel damals schon doppelt so teuer waren, wie sie im Laden gekostet haben. Dort waren zu dem Zeitpunkt die Kosten für die Kläranlagen, um das durch die Landwirtschaft verschmutzte Wasser zu reinigen und aufzubereiten, genauso hoch wie der landesweite Umsatz mit Lebensmitteln. Kläranlagen werden über Steuermittel finanziert. Das heißt, der Franzose zahlt einen Euro im Supermarkt und einen Euro an Steuern, um das Wasser zu reinigen, das zur Herstellung seines gerade gekauften Lebensmittels verschmutzt wurde.

Warum werden in Bayern keine Karotten mehr angebaut?

Weil sich das Klima ändert. Es ist zur falschen Zeit zu heiß und es regnet auch zur falschen Zeit. Die bayrischen Gemüsebauern müssten für viel Geld Bewässerungsanlagen errichten oder sie bauen keine Karotten mehr an. Der Zug ist weg. Die Pfalz ist der nächste Kandidat.

Das System wird stressfähiger durch Ökolandbau, sagen Sie. Inwiefern?

Insofern, als im Zentrum des Ökolandbaus die Bodenpflege steht. Humusbildung gehört zu den Basics. Humus ist wie ein Schwamm und speichert z.B. Feuchtigkeit, was dem Landwirt in Trockenzeiten Wasser liefert, sodass dieser weiter anbauen kann.

Trockenheit ist nicht mehr nur in Ländern wie Sudan oder Eritrea ein Thema. Sie sagen, das Problem steht auch vor unserer Haustür. Was heißt das?

Durch die zunehmenden Trockenperioden wird sich die Landwirtschaft verändern. Standorte werden nicht mehr produzieren können, Landwirte werden ihre Existenzen verlieren. Produkte, die wir bisher angebaut haben, können wir nicht mehr anbauen. Oder wir stellen auf eine Art der Landwirtschaft um, die stressfähiger ist. Sonst ist sie nicht auf die Folgen des sich ändernden Klimas vorbereitet.

Kleinbauern trifft das besonders. Sie stellen aber weltweit 60 Prozent der landwirtschaftlich hergestellten Lebensmittel her ...

Kleinbauern trifft das besonders, weil sie sich nicht mal eben so einen Brunnen bauen oder eine Bewässerungsanlage hinstellen können. Dazu fehlen die finanziellen Mittel und sie haben nicht den Zugang zu Krediten wie Großbetriebe. Ein Jahr Trockenheit überstehen sie noch, beim zweiten ist der Betrieb kaputt.

Trotzdem werden Ökolandwirte bislang „bestraft“, sagen Sie. Wieso?

Ökolandwirte bauen nicht nur Kartoffeln und Karotten an, sondern verbessern auch den Boden, sie binden CO₂ und verschmutzen das Wasser nicht. Das sind Dienstleistungen am Ökosystem für die Allgemeinheit. Bezahlt werden die Ökolandwirte aber nur für das Gemüse.

Jetzt erzwingt der Finanzmarkt die Ökologisierung der Landwirtschaft. Wie ist das zu erklären?



Wenn Firmen mit einer großen Abhängigkeit von Wasser ein AAA-Rating erhalten, obwohl ihnen bis 2030 40 Prozent des benötigten Wassers fehlt, stimmt etwas mit unserem Rating-Algorithmus nicht

Standards&Poor's

Die Finanzbranche hat erkannt, dass die Landwirtschaft durch den Klimawandel enormen ökonomischen Risiken ausgesetzt ist. Sie haben zudem festgestellt, dass die ökologische Landwirtschaft ein besseres Potenzial hat, mit diesen Risiken umzugehen.

Eine große deutsche Versicherungsgesellschaft will ja Betriebe des Lebensmittelhandels nicht mehr versichern ...

Sie sagen, „wenn du als Händler bei Produzenten einkaufst, die mit diesen Risiken nicht ordentlich umgehen, dann können wir dich nicht mehr gegen Lieferausfall versichern“. Dabei geht es um die Preise im Einkauf. So billig wie möglich muss es sein. Die Händler aber kennen das Risiko. Das ist, wie wenn ich weiß, es wird hageln, und trotzdem lasse ich mein Auto draußen stehen, obwohl ich eine Garage habe.

Auch die „Big Four“ ändern gerade die Kriterien, wie sie Betriebe bewerten. Warum so plötzlich?

So plötzlich ist das nicht. Seit 2014 arbeiten die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (Deloitte, Ernst&Young, KPMG und PricewaterhouseCoopers) an Ansätzen, um ihre Bilanzierung von Unternehmen zu überarbeiten. Sie merken, dass sie bei der bestehenden Art der Bewertung die Naturkapitalrisiken nicht berücksichtigt haben. Deren Ignoranz führt zu einer falschen Betriebsbewertung, die letztendlich Investoren falsch informiert. Um etwaigen Gerichtsprozessen vorzubeugen, überarbeiten sie jetzt ihre Maßstäbe. Das gilt übrigens nicht nur für die Landwirtschaft und den Lebensmittelhandel.

Sie prophezeien auch, dass sich das Lebensmittelangebot ändern wird. Ein Beispiel?

Das, was in der Fischtheke liegt, wird bald anders aussehen. Süßwasserfische suchen infolge kleinster Temperaturschwankungen des Wassers höhere Lagen auf. Die Flüsse werden normalerweise flussaufwärts schmaler, da kommt man mit großen Booten nicht hin. Und auch Lkws erreichen bergige Lagen nicht so gut. Kühllager müssen neu gebaut

werden usw. Die Verfügbarkeit von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen wird sich ändern.

Ist oder war uns unser Essen nicht genug wert?

Definitiv nicht, denn wir schmeißen ja die Hälfte weg. Das würde man mit dem iPhone nicht machen.

In 10 bis 15 Jahren werden unsere Lebensmittel deutlich teurer. Woher kommt die Zeitspanne und wie teuer wird es denn?

Die Zeitspanne ist eine Prognose des Finanz- und Kapitalmarkts sowie der Berichte, die die UNO in Auftrag gibt. Wir haben zurzeit einen nie dagewesenen Druck, zu handeln. Zunehmende Weltbevölkerung, Klimawandel und Konzentration auf urbane Zentren kommen zusammen. 2025-2035 ist in den Berichten als Knackpunkt der Menschheitsgeschichte identifiziert. Dann kommen Extreme auf uns zu – Lebensmittel werden knapp und der Zugang zu Trinkwasser wird nicht mehr selbstverständlich sein. Die Lebensmittel, die dann da sind, werden teurer. Wir sprechen von einer Verdreifachung der Preise.

Trotzdem wollen Sie die Kategorien „gut“ und „böse“ in Bezug auf die Landwirtschaft nicht gelten lassen. Welche denn?

Dogmen wie „die einen machen es richtig, die anderen machen es falsch“ sind nicht zielführend. Landwirtschaft ist eigentlich Agrikultur und ein gesellschaftliches Thema – nicht nur ein wirtschaftliches oder ökologisches. Es geht nicht um „Bio“ oder konventionell, sondern darum, was für den jeweiligen Standort das Sinnvollste ist.

Fotos: Editpress/Isabella Finzi, Pixabay

Tobias Bandel

Der gebürtige Stuttgarter hat über den Zivildienst die „Sekem-Holding“ in Ägypten kennengelernt. Gründer Ibrahim Abouleish baute 1977 die Biofarm auf einem Grundstück in der Wüste auf. Heute gehören neben dem Obst- und Gemüseanbau ein Textilunternehmen mit Produkten aus organischer Baumwolle, ein Hersteller für naturheilkundliche Medikamente und Bildungseinrichtungen zur „Holding“. 2003 gab es dafür den alternativen Nobelpreis. Bandel kehrte nach Deutschland zurück und studierte Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Bodenkunde. Danach reiste er erneut nach Ägypten und arbeitete weitere fünf Jahre auf der Farm, „überwiegend in Gummistiefeln auf dem Feld“, wie er sagt. Vor zwölf Jahren hat er die Beratungsgesellschaft „Soil & More“ gegründet. Sein Grundsatz: „Wenn Ökolandbau der richtige Weg ist, dann muss es auch rechnerisch darstellbar sein, sonst ist Nachhaltigkeit nur heiße Luft.“



Tobias Bandel

Finanzkonzerne appellieren

Vor dem zwischen dem 21. und 23. September stattfindenden Klimagipfel haben 515 Finanzkonzerne einen Appell lanciert. Das berichtete *Spiegel Online* am vergangenen Donnerstag. Ihnen geht selbst die Umsetzung des Pariser Weltklimavertrags von 2015 nicht weit genug, um „den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten“. Das zitiert *Spiegel Online* aus dem Brief. Selbst wenn alle Staaten ihre in Paris gemachten Zusagen einhielten, würde dies „zu einem inakzeptabel hohen Temperaturanstieg führen, der substantielle negative wirtschaftliche Folgen hätte“. Zu den Unterzeichnern gehören der Allianz-Konzern, die Vermögensverwaltungshäuser der Deutschen Bank, der deutschen Volksbanken sowie die Vermögensverwaltungen von Großbanken wie BNP Paribas und UBS.